

Tabak-Arbeiter

Nr. 19 / Bremen, den 10. Mai 1924

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der monatliche Bezugspreis beträgt zwanzig Goldpfennig ohne Vorkosten. — Redaktionsschluss Montag abend. — Verantwortl. Redakteur: F. Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, R. Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Roland 6046. — Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Bremen, An der Weide 201. — Postcheckkonto 5349 beim Postcheckamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhauseingangs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg. — Verbandsauschuß: L. Schoene, Hamburg, Besenbindehof, Zimm. 4546.

Am 10. Mai ist der 19. Wochenbeitrag fällig.

Die Lohnpolitik der Arbeitgeberverbände.

Kürzlich hielten in Berlin der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Industrietagung ab. Mit der vor einigen Jahren erfolgten Gründung des Reichsverbandes wurde der Versuch unternommen, der gesamten deutschen Industrie, vom Klein- bis zum Großbetrieb, eine einheitliche Interessenvertretung zu geben. Dieses Bestreben war von Erfolg gekrönt, und die Tatsache, daß der Reichsverband und die Vereinigung der Arbeitgeber in dieser Konferenz zum ersten Male gemeinsam tagten, ist ein Beweis dafür, daß die Industrie nach außen hin und wenn es gegen die Arbeiter geht, einig dasteht und jeden Richtungsstreit vermeidet. Das deutsche Unternehmertum schließt sich immer mehr in Konzernen zusammen und versucht, auch in dieser Beziehung auf das Gemeinschaftsleben einen bestimmenden Einfluß auszuüben.

In den gehaltenen Referaten kam auch die starke Bindung mit dem Staat zum Ausdruck. Generaldirektor Bögeler betonte in seinem Vortrag „Staat und Wirtschaft“, daß die Industrie den heutigen Staat freudig unterstützen werde, wenn er den Kampf gegen den Klassenhaß aufnehme und das Volk von dem „sozialistischen“ Wahn freimache. Die deutschen Unternehmer sind wieder drauf und dran, den Kurs vorzuschreiben, den das Staatschiff in bezug auf die sozialpolitische und wirtschaftliche Gesetzgebung zu steuern hat. Die nächsten Ziele, die sich die Unternehmer aller Schattierungen gesetzt haben, sind die Niedrighaltung der Löhne, die Bekämpfung des Achtstundentages, die Hintertreibung des Arbeiterrechts, der Arbeiterschutzesgesetzgebung und die Verhinderung der Mitwirkung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß. Die ganze Tagung war ein lehrreiches Beispiel dafür, wie wichtig die Einigkeit und Schlagkraft der Arbeiterorganisationen ist.

Die Redner der Unternehmer auf dieser Tagung haben sich jedoch noch immer recht vorsichtig ausgedrückt, um wenigstens nach außen hin ihre wahren Pläne zu verbergen. Eine solche Rücksicht brauchen sie in Rundschreiben, die an ihre Mitgliederverbände gerichtet sind, natürlich nicht zu nehmen; hier sind sie unter sich und sprechen mit brutaler Offenheit aus, was sie zu tun und zu lassen gedenken. Ein Schulbeispiel hierfür bietet das Rundschreiben Nr. 86 der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände vom 28. März 1924. Es hat die Tagesbuchnummer T/9460 und lautet:

„1. Reichskanzler Dr. Marx hat in seiner Ansprache bei der Industrietagung ausgeführt, das Hauptproblem der gegenwärtigen Wirtschaftslage — darüber dürfte wohl nur eine Stimme sein — sei die Aufrechterhaltung unserer Währung. Die Währung bildet den Ausgangspunkt eines jeden Wirtschaftsaufbaues, mit ihr steht und fällt unsere Zukunft.

Auf diesen Grundsatz ist auch die derzeitige Lohnpolitik einzustellen. Die allgemeine Erhöhung des derzeitigen Lohn- und Gehaltsniveaus um 1 % pro Stunde würde für die ganze Wirtschaft eine Verbelastung von 200 Millionen Goldmark im Jahr ausmachen. Es dieser Last ist die Auswirkung der Lohnpolitik auf die Währung zu jeder erschütternd. Regierung und Wirtschaft haben danach die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerrhöhung die Währung verbundene Gefahren mit allem Nachdruck zu wehren. Wir müssen von dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie diesen Gefahren auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterschaft vernichten würde.

2. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die derzeitigen Löhne in wertbeständigem Geld gegenüber dem November v. J. eine Erhöhung des Reallohnes um durchschnittlich 20-30 Proz. erfahren haben und daß sie zum Teil 100 Proz. über den Reallohn in der Inflationszeit liegen (vgl. Mitteilungen Nr. 4 Seite 21). Bei den

Angestelltengehältern ist hier noch darauf hinzuweisen, daß mit Ablauf des März im allgemeinen wieder zur Postnumerandozahlung von 30 Tagen übergegangen wird, während die Angestellten in der letzten Uebergangszeit mit einem Monatsgehalt vielfach 35 Arbeitstage und länger auskommen mußten; dies bedeutet praktisch für die Angestellten eine Vergrößerung des Realeinkommens gegenüber den letzten drei Monaten um mindestens 15 Proz. Die Löhne der ungelerten Arbeiter liegen im allgemeinen auf Friedensreallohn (vgl. Rundschreiben Nr. 76), so daß die Ungelernten, d. h. mindestens die Hälfte der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft, ohnehin schon einen starken Vorsprung gegenüber dem übrigen deutschen Volk haben. Es muß erneut betont werden, daß die Notlage der Arbeitnehmer zurzeit nicht eine Folge zu niedrigen Lohn- und Gehaltsniveaus, sondern eine Folge der Arbeitslosigkeit ist. Deshalb gilt es vor allem, durch Steigerung und Verbilligung der Produktion (Arbeitszeitverlängerung) den Umsatz zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet ohnehin eine Steigerung des Reallohnes.

3. Von der allergrößten Wichtigkeit ist die Erhaltung des derzeitigen Lohnniveaus im Bergbau und in der übrigen Rohstoffindustrie. Hier wäre eine Lohnsteigerung ohne gleichzeitige Preissteigerung nicht möglich. Mit letzterer würde aber die Konkurrenzfähigkeit des Kohlenbergbaues, der unter der Konkurrenz der englischen Kohle im Inlandsmarkt außerordentlich zu leiden hat, vernichtet und das Bestreben nach weiterer Verbilligung der Rohstoffe vereitelt. Die weitere Verteuerung der Rohstoffe würde der verarbeitenden und exportierenden Industrie die letzten Abzähmöglichkeiten nehmen. Daraus erwachsen für die Arbeitgeberverbände der Verarbeitungsindustrie besonders ernste Pflichten.

4. Die hier drohenden Gefahren sind um so größer, als in manchen Industriegruppen, namentlich in der Bekleidungsindustrie, im Buchdruckgewerbe u. a. zurzeit eine gute Konjunktur zu beobachten ist, die stellenweise bis zu einem empfindlichen Facharbeitermangel führte. Der Tarifausschuß wiederholt deshalb die in den letzten fünf Jahren immer wieder ausgesprochenen Warnungen vor einer reinen Konjunkturlohnpolitik. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß durch reine Konjunkturlöhne das durch andere Wirtschaftsverhältnisse bedingte derzeitige Lohnniveau in Orten, Bezirken und Fachgruppen erschüttert und damit eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Preise verursacht wird. — Der Tarifausschuß verweist hier im besonderen auch auf die Ausführungen des Reichsarbeitsministers im Reichstag (s. Mitteilungen Nr. 5, 6 Seite 64), daß Löhne und Gehälter sich in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrien und Gewerbebezüge richten müssen. Damit hat auch der Reichsarbeitsminister sich gegen Lohnforderungen ausgesprochen, die ihre Ursache lediglich im Vergleich von an sich unvergleichbaren Löhnen haben. Die Arbeitgeberverbände tragen ihrer besonderen Verantwortung Rechnung, wenn sie sich im Interesse der Allgemeinheit gegen ein neues gegenseitiges hinausstreben des Lohn- und Preisniveaus infolge solcher falschen Lohnpolitik der Gewerkschaften wenden. In die zurzeit in guter Konjunktur arbeitenden Unternehmergruppen wird die dringende Aufforderung gerichtet, in ihrer Lohnpolitik auf diese für die Allgemeinheit wichtigen Gesichtspunkte Rücksicht zu nehmen und vor allem auch dafür Sorge zu tragen, daß sie nicht ihre eigene Konjunktur durch Konjunkturlohnpolitik und die damit verbundene Verteuerung ihrer eigenen Produkte in kürzester Frist wieder vernichten.

5. Besonders muß vorgebeugt werden, daß die Lohnpolitik der Schlichter auf den Weg sogenannten „Ausgleichs von Unebenheiten“ unaufrichtig zu einer allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus führt. Durch eine solche Ausgleichspolitik wurde im März v. J. bekanntlich die Stabilisierungsalaktion aus Anlaß des Ruhrkampfes außerordentlich gefährdet. Das derzeitige Lohnniveau ist das Spiegelbild der wirtschaftlichen Verhältnisse und liegt nach der übereinstimmenden Auffassung der Arbeitgeberchaft und vor allem der Exportindustrie heute schon höher, als dies für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit für die Beseitigung der Abzähnisse wünschenswert.

6. Der Tarifausschuß ist übereinstimmend der Meinung, daß nach Lage der Dinge auch der bevorstehende Abbau der Wohnungswirtschaft nicht zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Lohnbewegung und zentralen Lohnerrhöhung genommen werden darf, wie dies zum Schaden für die Wirtschaft und die Allgemeinheit anläßlich des schrittweise erfolgenden Abbaues der Getreidewangswirtschaft seinerzeit leider regelmäßig geschah. Die Höhe der Miete und damit der Anteil der Lebenshaltungskosten ist, wie auch aus der letzten Nummer von „Wirt-

Schaft und Statistik" ersichtlich ist, heute schon in den verschiedenen Teilen des Reiches grundverschieden. Es wird deshalb die beabsichtigte Mietsteigerung in ganz verschiedenem Ausmaß Platz greifen. Auch steht noch gar nicht endgültig fest, ob bei den derzeitigen innerpolitischen Verhältnissen Mieterhöhungen und Abbau der Wohnungszwangswirtschaft jetzt schon vorgenommen werden. Schon dies nötigt dazu, jeder zentralen Regelung der Lohnfrage aus Anlaß der Mietsteigerung mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Es muß weiter darauf hingewiesen werden, daß je nach Inhalt der Mietverträge für Wertwohnungen die Auswirkung der Mietsteigerung für zahlreiche Arbeiter verschieden ist und daß außerdem namentlich bei den ländlich gelegenen Industrien große Teile der Arbeiterschaft eigene Häuser haben und deshalb in ihrem Realeinkommen von einer Erhöhung der Mieten nicht beeinträchtigt werden, zum Teil sogar infolge Weitervermietung noch gewisse Vorteile finden. Der Tarifausschuß wird sich deshalb beim Reichsarbeitsministerium nachdrücklich gegen eine zentrale Behandlung der Lohnfrage wenden und bei den sich aus einer neuen inflationistisch wirkenden Lohnbewegung für die Währung und Allgemeinheit ergebenden Gefahren in diesem Sinne auch beim gesamten Reichskabinett vorstellig werden. Ebenso erhebt derselbe in der Öffentlichkeit seine warnende Stimme und weist auf die Verantwortung hin, die das Reichsarbeitsministerium und die Schlichter bei einem anderweitigen Vorgehen vor dem deutschen Volke zu tragen haben. Besonders verwahrt sich der Tarifausschuß dagegen, daß etwa an die Schlichter oder Schlichtungsausschuhvorsitzenden zentrale Weisungen gegeben werden, den jetzt geltend gemachten Lohnforderungen weitgehend Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang weist der Tarifausschuß erneut auf die Gefahren hin, die der Allgemeinheit aus einem wiedererzählenden Lohnarbitrarismus der Schlichtungsbureaucratie entstehen können und die im Dezember vorigen Jahres auf übereinstimmendes Verlangen aller deutschen Arbeitgeberverbände zu dem Kampf der Vereinigung gegen diesen Tarifzwang überhaupt geführt haben.

7. Die für die Beamten und Angestellten des Reichs erfolgte Neuregelung der Gehälter darf nicht zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Lohnregelung werden. Dasselbe gilt für die zurzeit noch schwebenden Verhandlungen über die endgültige Gestaltung der Reichsarbeiterlöhne, die im allgemeinen, den Finanzverhältnissen des Reiches entsprechend, heute noch zum Teil erheblich hinter den Industriegoldlöhnen zurückgeblieben sind. Die deutschen Arbeitgeberverbände haben dem Reichsfinanzministerium gegenüber die schwere Verantwortung, daß nicht durch die industrielle Gehalts- und Lohnpolitik und deren Auswirkung auf das Reich und die Länder jede Bemühung um Bilanzierung des Reichshaushaltserfolgs gemacht wird.

Schließlich wurde noch die Notwendigkeit betont, gemeinsam mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie unverzüglich alle Maßnahmen zu erörtern, wie durch ein weiteres Senken der Frachten und die Gestaltung des Kreditwesens eine weitere Preissenkung, vor allem in den Lebenshaltungskosten, herbeigeführt werden kann.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.
Die Geschäftsführung.

Verständl. M+V+T

Dr. Ma. B.

gez. Dr. Fänzler.

gez. Dr. Weisinger."

Die Gewerkschaften haben sofort den Kampf gegen diese Hungerlohnpolitik der Arbeitgeber aufgenommen. Die Vorstände der Spitzenverbände haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt und zur Einleitung desselben am 11. April ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, in dem sie um eine umgehende Besprechung der Teuerung-, Währungs- und Lohnfragen vor dem Reichskabinett nachsuchen. Dem Schreiben ist in Form einer Anlage ein Exposé über die Auffassungen der Gewerkschaften beigegeben, das auf die Aussprache vorbereiten soll. Das Schreiben lautet:

Berlin, den 11. April 1924.

An den Herrn Reichskanzler,
Berlin.

Angenehm ist der Versuch der Arbeitgeberorganisationen, bei der Reichsregierung und in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob eine auch nur geringe Erhöhung des jetzigen Lohnniveaus eine Erleichterung der Währung mit sich bringen müsse, halten es die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften für ihre Pflicht, der Reichsregierung die Gesichtspunkte zu unterbreiten, deren Würdigung für eine zutreffende Beurteilung der wirtschafts- und währungspolitischen Lage unerlässlich erscheinen. Wir stellen fest, daß das Lohnniveau der deutschen Wirtschaft weit unter dem des Weltmarkts liegt. Die Differenz zwischen den deutschen und den Weltmarktlöhnen ist erheblich größer als die Senkung der deutschen Industrie durch die Ausfuhrerzeugnisse.

Unter voller Würdigung der Schwierigkeiten in denen sich die deutsche Industrie vor allem im Westen infolge der Belastung durch die Weltmarktlöhne befindet, muß man jedoch feststellen, daß die Ausfuhrerzeugnisse der deutschen Industrie zu einem großen Teil dadurch konkurrenzlos sind, daß die Produktion es bisher noch nicht verstanden hat, sich an den Weltmarkt anzupassen. Die deutsche Industrie hat in dem Maße, wie sie sich an den Weltmarkt anpaßt, zu einer weiteren Währungsminderung beigetragen. Die deutsche Industrie hat sich bisher nicht bemüht, die Produktion zu steigern, sondern hat sich mit dem Weltmarkt anpaßend, die Produktion zu vermindern. Die deutsche Industrie hat sich bisher nicht bemüht, die Produktion zu steigern, sondern hat sich mit dem Weltmarkt anpaßend, die Produktion zu vermindern.

bedeuten, denn sie ist neben der Zulassung von Luxusimporten die Ursache für die starke Passivität unserer Handels- und damit auch unserer Zahlungsbilanz. Eine weitere schwere Gefahr für die Währung erblicken wir in der falschen Kreditpolitik, die nicht genügend unterscheidet zwischen Krediten für wirklich produktive Zwecke und solchen, die der Finanzierung einer falschen Konsumtion dienen. Die letzten Beschlüsse der Reichsbank scheinen uns eine Befähigung dieser unserer Auffassung zu sein.

Die hieraus folgenden Aufgaben der Handels-, Wirtschafts- und Kreditpolitik scheinen uns für die Behaltung einer stabilen Währung viel vordringlicher zu sein, als das von den Organisationen der Arbeitgeber verschiedene Niedrighalten der Löhne. Man darf hoffen, daß eine gesunde Lohnpolitik am meisten geeignet ist, die Förderung der Kauf- und Sparkraft der breiten Massen dazu zu beleben und dadurch die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern.

In der gleichen Weise sind auch die außerordentlich niedrigen Erwerbslosenziffern zu beurteilen, die heute weit unter dem Existenzminimum liegen und dadurch eine gewaltsame Einschränkung der Kaufkraft herbeiführen und die Erwerbslosenziffer auf die Dauer erhöhen.

Wir glauben, daß eine Beurteilung unserer Wirtschaft den vorstehenden Gesichtspunkten eher geeignet ist, die finanzpolitischen Schwierigkeiten zu beheben, als die währungspolitischen Aufgaben einseitig unter einem nach falschen lohnpolitischen Gesichtspunkt zu behandeln. Wir würden großen Wert darauf legen, wenn wir unsere Auffassung dem Herrn Reichskanzler darlegen dürften und wären dankbar, wenn zu dieser Besprechung der Herr Reichsminister der Finanzen, der Herr Reichswirtschaftsminister und der Herr Reichsarbeitsminister hinzugezogen würden. Wir fügen in der Anlage eine ausführliche Darstellung unserer Gesichtspunkte bei.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

Am 5. April nahmen Vertreter dieser Organisationen Gelegenheit, in mehrstündiger Aussprache mit der Reichsregierung die Auffassung der Gewerkschaften über die bisher in Deutschland betriebene Wirtschaftspolitik darzulegen. Nach dem Bericht der „Gewerkschafts-Zeitung“ wies Genosse Spliedt in der Aussprache über die Lohnpolitik insbesondere darauf hin, daß die Löhne der deutschen Arbeiter fast durchgehend nur einen Bruchteil gegenüber den Auslandslöhnen betragen, die deutschen Warenpreise dagegen weit über den Weltmarktpreisen liegen. Mit den heute üblichen Löhnen kann aber die Produktion in Deutschland nicht in Gang gebracht werden. Mit dem Zusammenbruch der Papiermark war eine riesige Arbeitslosigkeit verbunden, die Konsumkraft wurde infolgedessen bedeutend eingeschränkt. Nicht zusammengebrochen sind die Unternehmungen, die zahllosen Banken und Handelsgeschäfte. Zusammengebrochen sind nur die Lohnempfänger, während Industrie und Handel vermöge ihres ununterbrochenen Uebergewinnes sich glänzend aus dieser Situation gerettet haben. Es wurden übermäßige Risikoprämien, Unternehmer-, Handels- und Bankzuschläge in die Produktionskosten hineinkalkuliert, während der Lohnanteil wesentlich unter dem der Vorkriegszeit blieb. Wie hoch diese Zuschläge bzw. Risikoprämien sind, beweist am schlagendsten die Tatsache, daß z. B. die kanische Automobilindustrie, trotzdem sie Löhne zahlt, die ein Vielfaches der deutschen Löhne ausmachen, die Konkurrenz auf dem deutschen Weltmarkt unterbietet und sie vielleicht dauernd fernhält. Deshalb ist es völlig falsch, von einer Inflationsgefahr durch Lohnerrhöhung zu reden. Die deutsche Wirtschaft muß umorganisiert werden, die parasitären Betriebe, die sich nur auf Kosten von Unterweltmarktlöhnen halten, müssen ausgeschlossen werden. Diese Betriebe können ihre Existenz nur aufrechterhalten mit Hilfe der in Deutschland betriebenen Kartell- und Kreditpolitik. Damit werden nicht allein die Warenpreise künstlich hochgehalten, sondern es wird darüber hinaus jeder Anreiz zur Bervollkommnung der Technik und zur rationellen Ausnutzung der Betriebe gewaltsam unterbunden. Besonders begünstigt wird diese „Wirtschaftsführung“ durch die unheilvolle Kreditwirtschaft der Banken, die geradezu den Anreiz gibt zu einer neuen Inflationswirtschaft.

Die Vereinigung der Wirtschaft von überflüssigen Existenzen im Unternehmensektor, insbesondere im Handel, die technische Umstellung der Wirtschaft in die rationelle Organisation der Warenproduktion und -verteilung ist aber nur möglich durch die Steigerung der Löhne und durch eine gesunde Kreditwirtschaft. Werbet die Löhne nur zu produktiven Zwecken verwendet, dann ist die Produktion zu vermindern. Der Mensch, der die Produktion unterbunden, hat heute zu empfindlichen Mangelerscheinungen der einzelnen Länder beigetragen. Die

so schnellst herbeigewünschte aktive Zahlungsbilanz wird durch solche Lohnpolitik planmäßig verhindert. Deshalb muß die Reichsregierung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Kaufkraft aller Lohnempfänger zu erhöhen.

In der folgenden Aussprache nahmen teil der Finanzminister Dr. Luther, Reichsarbeitsminister Brauns, Reichswirtschaftsminister Hamm und der Vizekanzler Dr. Jarres. Der Minister sah in der allgemeinen Steigerung der Löhne die Inflationquelle, die unbedingt verstopft werden muß nicht von der Staatswirtschaft, sondern von der Privatwirtschaft aus drohe diesmal die Gefahr einer Inflation. Wie ungünstig die deutsche Wirtschaft im allgemeinen stehe, beweisen die Aktienkurse. In der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, wie sie von dem Gewerkschaftsvertretern vorgetragen sei, beilegen die gleiche Auffassung auch in der Regierung. Die Regierung will aber durch die Senkung der Warenpreise die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter erreichen. Soll eine zweckentsprechende Kontrolle der Ein- und Ausfuhr eingeführt, die Kartellwirtschaft soll nach den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers weiter beobachtet und in der Kreditwirtschaft Kredite nur zu produktiven Zwecken gewährt werden. Auf die Privatwirtschaften durch Zwangsmaßnahmen direkt einzuwirken, habe sich im abgelaufenen Jahre als erfolglos erwiesen. Alles hänge ab von der endgültigen Regelung der Reparationsfrage, die in aller Kürze zu erwarten sei. Bis dahin trage die Regierung die große Verantwortung für die Erhaltung der Währung. Daran mitzuhelfen, daß diese Inflation verhindert werde, sei auch eine Aufgabe der Gewerkschaften. Das schließe nicht aus, daß Lohnerhöhungen nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmungen gewährt würden. Auf die Löhne der Reichsarbeiter kann sich die Arbeitgeberseite nicht berufen, denn die Reichsbetriebe sind an einen Etat gebunden, während die Privatwirtschaft die Konjunkturen ausnutzen könne.

Die Notwendigkeit der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wurde anerkannt, jedoch gingen die Auffassungen der Regierung und der Gewerkschaftsvertreter über das Maß dieser Erhöhung sehr stark auseinander. Letztere forderten angesichts der Notlage der Erwerbslosen eine ganz wesentliche Erhöhung. Währungspolitische Bedenken brauchten um so weniger zu bestehen, als bei der derzeitigen Höhe der Pflichtbeiträge die Kosten der Erwerbslosenfürsorge im wesentlichen aus den Beiträgen der Erwerbslosen gedeckt werden. Der Finanzminister warnte demgegenüber vor einer wesentlichen Steigerung der Unterstützung, weil trotz der augenblicklichen Besserung des Arbeitsmarktes die Gefahr einer Verschlechterung desselben bestehe. Damit würden vermehrte Ansprüche an die Reichs- und Landesfinanzen gestellt. Andererseits sei auch von dieser Seite her der Anreiz zu einer Inflationenrolle gegeben. In der weiteren Aussprache wurde zugesagt, daß die Frage schnellstens im Kabinett geprüft werden soll, wobei den Forderungen der Gewerkschaften weitmöglichst Rechnung getragen werden soll. Wie an anderer Stelle dieses Blattes zu lesen, und wie auch schon in der vorigen Nummer mitgeteilt wurde, ist eine geringe Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorgenommen worden.

Nachdem die Unternehmer sich mit Händen und Füßen gegen jede Maßnahme zur Gesundung der Wirtschaft mit aller Macht wehren, die Arbeiter sich noch größere Einschränkungen in der Lebenshaltung nicht auferlegen können, bleibt nur der eine Weg übrig, überall den Kampf aufzunehmen um die Erhöhung des Lohnanteils, um die Befreiung der parasitären Existenzen im Unternehmerlager. Mit Aussicht auf Erfolg können diese Kämpfe nur dann geführt werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft einsteht, daß sie fest geschlossen in den Gewerkschaften zusammenhalten muß.

Aus dem Tabakgewerbe.

Das Gutachten des Tabakgewerbes.

In der vorigen Nummer dieses Blattes stellten wir in Aussicht, an der Hand eines von Vertretern aller Zweige des Tabakgewerbes ausgearbeiteten Gutachtens zu den Vorschlägen der Sachverständigen Stellung zu nehmen. Das jetzt liegt dieses Gutachten noch nicht vor. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß ein recht umfangreiches Material zu revidieren ist, welches es nach jeder Mitteilung hin wieder ändern muß, und — wir verraten kein Geheimnis — daß es außerordentlich schwer ist, die nicht immer gleichen Interessen der einzelnen Zweige des Tabakgewerbes unter einen Hut zu bringen, bez-

dem das Gutachten noch nicht vorliegt, wollen wir doch in wenigen Worten zum Ausdruck bringen, in welcher Richtung sich der Deutsche Tabakarbeiter-Verband betätigen wird.

Daß die Vorschläge der Sachverständigen in der vorliegenden Form undurchführbar sind und ihre Verwirklichung unermesslichen Schaden bringen müßte, haben wir in dem Artikel „Tabakarbeiter und Sachverständigenvorschläge“ in der vorigen Nummer dieses Blattes bereits zum Ausdruck gebracht. Nach der ganzen Struktur des Tabakgewerbes sind die Bedingungen zu einer allgemeinen Monopolisierung nicht vorhanden. Als Beweis hierfür dürfte genügen, daß die Tabakindustrie außerordentlich dezentralisiert ist. Eine Enteignung oder Schließung des vierten Teiles der Betriebe müßte unter diesen Umständen tausende von Tabakarbeitern arbeitslos machen, ohne daß diese dann erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen Gelegenheit hätten, anderweitig eine passende Arbeitsstelle zu finden. In vielen Orten, wo jetzt die Tabakindustrie ansässig ist, besteht überhaupt keine andere Erwerbsmöglichkeit und ein Ortswechsel ist wegen der Wohnungsfrage in den allermeisten Fällen unmöglich. Schon allein aus diesem Grunde wird der Deutsche Tabakarbeiter-Verband alle seine Kräfte anspannen, damit die Vorschläge der Sachverständigen soweit ihre Verwirklichung die Beschäftigungsmöglichkeit des Tabakarbeiter ungünstig beeinflussen müßte, nicht zur Durchführung kommen.

Im übrigen wird der Deutsche Tabakarbeiter-Verband mit Entschiedenheit alle Bestrebungen zurückweisen, die darauf hinauslaufen, durch eine Erhöhung oder Minderung der jetzigen Tabaksteuer Mehrerträge aus dem Tabak anzubieten. Gelingt es nicht, die Sachverständigenpläne zu vereiteln, ohne daß sich eine Mehrbelastung des Tabaks umgehen läßt, dann wird es immer noch Zeit sein, zur Sachlage Stellung zu nehmen. Aber auch dann wird der Deutsche Tabakarbeiter-Verband alle Vorschläge ablehnen, die eine Bevorzugung oder Benachteiligung der einen oder anderen Gruppe der Tabakindustrie im Verhältnis zu den anderen in sich schließen. Auf alle anderen mit den Sachverständigenvorschlägen in Verbindung stehenden Dinge kommen wir zurück, wenn das Gutachten der Vertreter des Tabakgewerbes vorliegt.

Rundschau.

Gemeinschaftskapital gegen Privatkapital.

Wenn das Privatkapital heute mit tiefem Schlage gegen die arbeitenden Volksklassen ausholt, dann zieht es seine Kraft für diese Diktatur aus der wirtschaftlichen Schwäche der Gehalts- und Lohnempfänger. Bekennen wir offen, daß wir zum Teil selbst schuld daran sind, wenn wir uns wirtschaftlich nicht wehren können. Haben wir das Arbeiterkapital ebenso organisiert zum Kampf gegen das Privatkapital wie die Arbeitskraft? Nein, wir tragen auch heute noch Arbeitergroßchen auf private Banken. Wir haben auch heute noch nicht erkannt, daß das Arbeiterkapital eine lebendige Kampfkraft enthält und stecken es in den Strumpf, anstatt es durch die Hand gemeinwirtschaftlicher, von den Gewerkschaften kontrollierter Organe und Gesellschaften, in den Kampf gegen Ausbeutung und Wucher zu werfen.

Ihr werdet entgegenen: Wir haben nicht einmal einen Strumpf, geschweige denn Kapital. Gewiß, das ist eine ehrliche Antwort der wirklich Mittellosen und Ärmsten. Unsere Aufforderung richtet sich aber nicht an diejenigen, die über wirtschaftliche Kampfkraft nicht verfügen, sondern an diejenigen, die in Arbeit und Brot stehen und sich für bestimmte Zwecke Entbehrungen auferlegen und Spargroschen zurücklegen und diese fortlaufend vermehren. Aus hunderten von Zuschriften wissen wir, daß wohnungslose Gehalts- und Lohnempfänger nicht nur die Absicht haben, sich für den Erwerb eines eigenen Heimes oder für die Beschaffung einer Wohnung oder zum Ankauf von Hausrat Spargroschen zurücklegen, sondern Kapital auch zurückgelegt haben.

An diese Volksgenossen richten wir die Aufforderung, sich mit der von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund gegründeten „Reichswohnungsfrage-aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter“, abzugeben: „Newag“, in Verbindung zu setzen.

Die „Newag“ will Euch beim Einmarschieren des Kapitals beistehen. Sie will Euch dieses Kapital in Verbindung mit der Gewerkschaftsbank nebeneinander verwahren. Sie will es durch Zins und Zinseszins vermehren. Aber noch: Sie will dieses Kapital für den Ankauf von Wohnungen und die Wohnungsproduktion stellen. Sie will es den privaten Unternehmern und privaten

